

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2015

Inhalt

Nachrichten aus der COFACE	1
COFACE: Europäische Konferenz zu "Families beyond borders - What is the impact of migration on families?"	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Gewalt an Frauen und Mädchen.....	1
EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu Vereinbarkeit Beruf und Familie.....	1
Europaparlament fordert mehr Engagement gegen Kinderarmut.....	2
Rat der Europäischen Union zu Bildung, Jugend, Kultur und Sport	2
EU-Kommission: Europäischer Tag der Entgeltgleichheit.....	3
EU-Parlament: Abstimmung über Wahlrecht und Absenkung des Wahlalters	3
EU-Kommission: Start des Europäischen Pakts für die Jugend	3
Europäischer Gerichtshof: Urteil zu Mindestlohnvorgabe	3
EU- Bildungsbericht vorgestellt	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Portugal: Volles Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.....	4
Irland: Verbot der Prügelstrafe für Kinder	4
Polen: Neues Regierungsprogramm will Familien unterstützen	5
Luxemburg: Änderungen im Scheidungs- und Sorgerecht geplant.....	5
Rumänien: Lebensmittelgutscheine für arme Familien.....	5
Weitere Nachrichten	5
Erster Europäischer Tag zum Schutz von Kindern am 18. November 2015	5
Gemeinsamer Offener Brief an den Europäischen Rat.....	6
EAPN: Strategisches Dialog-Treffen mit von Armut betroffenen Menschen.....	6
EU- Kommission: 2 Millionen Euro für kinderfreundliche Aufnahmeplätze.....	6
Berichte und Studien	7
Studien und Berichte zu Kinderrechten	7
Studien und Berichte zu Geschlechtergerechtigkeit	8
Studien und Berichte zu Soziales und Rente	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Nachrichten aus der COFACE

COFACE: Europäische Konferenz zu "Families beyond borders - What is the impact of migration on families?"



Anfang November 2015 führte die COFACE gemeinsam mit dem Bulgarian Center of Women's Studies and Policies eine zweitägige europäische Konferenz zu Migration und transnationalem Familien- und Erwerbsleben durch. Im Fokus der Veranstaltung in Sofia lagen Herausforderungen und Konsequenzen von Migration, insbesondere Arbeitsmigration, für die Familie als Ganzes und diejenigen, die in den

Heimatländern zurückbleiben. Wie wirkt sich das Fehlen der im Ausland arbeitenden Mütter und Väter auf deren Familien, vor allem deren Kinder und pflegebedürftige Ältere aus? Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen diese Menschen? In der bisherigen politischen und gesellschaftlichen Debatte lag der Schwerpunkt der Betrachtung auf den Migrierenden bzw. den aufnehmenden Gesellschaften. Mit dieser Veranstaltung wollte die COFACE einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen, indem sie die Aufmerksamkeit auf die in den Herkunftsländern verbliebenen Familienangehörigen legte.

➤ [Zum Veranstaltungsbericht](#) 

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Gewalt an Frauen und Mädchen

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2015 haben sich die EU-Institutionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zur Situation von Frauen und Mädchen befasst.

Im Parlament fand eine Rednerrunde der Fraktionen zum Thema „Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in der EU“ statt, während der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) bereits im Vorfeld eine Anhörung zu Menschenhandel und Prostitution durchgeführt und einen Öffentlichen Runden Tisch zu weiteren Maßnahmen auf europäischer Ebene gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einberufen hatte.

Auch die EU-Kommission forderte die Beendigung der Gewalt an Frauen und Mädchen. In diesem Jahr sollte das besondere Augenmerk auf der steigenden Zahl von Frauen richten, die in der EU um Schutz oder Asyl nachsuchen.


Ab Januar 2016 wird ein neuer vom Rat gebilligter Aktionsplan für die Gleichstellung 2016-2020 in Bezug auf die Außenbeziehungen der EU angewandt werden. Die Bekämpfung aller Formen von Gewalt an Frauen und Mädchen gehört darin zu den vorrangigen Zielen. In dem Bemühen, das Bewusstsein für diese Problematik zu schärfen, hat der Europäische Auswärtige Dienst kürzlich diplomatische Anstrengungen unternommen, deren Schwerpunkt auf allen Formen von Gewalt an Kindern und Frauen liegt und die insbesondere gegen die Abschaffung von Kindes-, Früh- und Zwangsehen sowie die weibliche Genitalverstümmelung gerichtet sind.

EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu Vereinbarkeit Beruf und Familie

Am 18. November 2015 startete die EU-Kommission ein öffentliches Konsultationsverfahren zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und

pflegende Angehörige. Hintergrund für diese Befragung ist der Neustart der Kommission im Bereich Verbesserung der Work-Life-Balance für Eltern und der Überarbeitung der Mutterschutzrichtlinie. Die Modernisierung und Anpassung des bestehenden Rechts- und Politikrahmens der EU an den Arbeitsmarkt soll Eltern mit Kindern und/oder Personen mit pflegebedürftigen Angehörigen die Vereinbarung ihres Berufs- und Familienlebens erleichtern, eine stärkere Aufteilung der familiären Pflichten zwischen Frauen und Männern ermöglichen und die Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsmarkt fördern. Die Kommission holt mit dieser Konsultation Stellungnahmen zur Entwicklung und Durchführung einer breiten Palette möglicher Instrumente auf EU-Ebene zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ein. Mit Hilfe eines Fragebogens werden Einschätzungen der derzeitigen Lage und Vorschläge für Verbesserungen abgefragt. Die Konsultation ist offen für alle Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Unternehmen.

Das Verfahren endet am 17. Februar 2016.

- [Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige](#) 
- [Zum Fragebogen](#) 

Europaparlament fordert mehr Engagement gegen Kinderarmut

Am 24. November 2015 hat das Europaparlament eine Entschließung verabschiedet, die die Mitgliedstaaten dazu auffordert, den Anliegen der Kinder höhere Priorität zukommen zu lassen und insbesondere Maßnahmen gegen Kinderarmut und soziale Ausgrenzung zu ergreifen. Nach der UN-Konvention über die Rechte des Kindes muss für alle Kinder das Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnung, Freizeit und ausgewogene Ernährung sichergestellt werden. Die Lage in Europa sieht jedoch anders aus. Laut Eurostat waren im Jahr 2014 rund 26 Millionen Kinder (unter 18 Jahren) von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies entspricht 27,7 Prozent der Kinder in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Kinderarmut ist mit sozialer Ausgrenzung und dem fehlenden Zugang zu qualitativer Bildung und Gesundheitsdienstleistungen verbunden. Die EU-Abgeordneten empfehlen den Mitgliedstaaten daher, zu gewährleisten, dass alle Kinder in allen Altersgruppen kostenlosen Zugang zu einer inklusiven, öffentlichen und qualitativ hochwertigen Bildung sowie Gesundheitsdienstleistungen und Sozialleistungen haben. Bereits im September hatten sich Europaparlamentarier für Kinder stark gemacht und in einer Written Declaration zu mehr Investitionen in Kinder und deutlichen Maßnahmen gegen Kinderarmut aufgefordert.

- [Bericht über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut](#) 

Rat der Europäischen Union zu Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die Rolle der Jugendarbeit in der EU im Kampf gegen Radikalisierung und Ausgrenzung sowie der neue EU-Arbeitsplan "Jugend" bis 2018 standen im Mittelpunkt der Sitzung des Rates zu Bildung, Kultur und Sport am 24./25. November 2015.

Bei diesem Treffen wurde ein neuer EU-Arbeitsplan für die Jugend (2016-2018) verabschiedet. Es handelt sich um einen flexiblen, strukturierten Plan mit einer begrenzten Anzahl von Schwerpunktinitiativen. Ziel dieses Arbeitsplans ist die Bekämpfung der nach wie vor hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU und den Mitgliedstaaten und die Abmilderung der Folgen der Krise für junge Menschen. Darüber hinaus haben die Minister auch Aspekte der Migrationspolitik erörtert. Besprochen wurden unter anderem Strategien zur Integration der vor kurzem angekommenen Migrantinnen und Migranten, die Frage, wie die Jugendpolitik die mit den steigenden Migrationsflüssen einhergehenden Probleme am besten bewältigen kann, eine Änderung des Arbeitsplans für Kultur (2015-2018), um dem interkulturellen Dialog größeren Vorrang zu geben und auch

die Frage, inwieweit sportliche Aktivitäten benachteiligten Jugendlichen, insbesondere Migrant/innen, helfen können, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

- [Übersicht über die Ergebnisse des Rates](#) 
- [Arbeitsplan der Europäischen Union für die Jugend \(2016-2018\)](#) 

EU-Kommission: Europäischer Tag der Entgeltgleichheit

Der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn von Frauen in Europa liegt 16,3 Prozent unter dem der Männer – auf das Jahr gesehen entspricht dies dem Gehalt von 59 Tagen. Der Europäische Tag der Entgeltgleichheit will auf den prozentualen Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern (Gender Pay Gap) aufmerksam machen. In Deutschland liegt das geschlechterspezifische Lohngefälle bei 21,6 Prozent; das ist der vierthöchste Wert aller EU-Staaten (höchster Wert: Estland mit 29,9 Prozent, niedrigster Wert in Slowenien mit 16,3 Prozent). Anlässlich dieses besonderen Datums gaben EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und die EU-Kommissarinnen Marianne Thyssen und Vera Jourova Statements ab. Darin wurde unter anderem betont, dass die Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu den Grundwerten der Europäischen Union gehört und dass das Prinzip des gleichen Lohns für Männer und Frauen in Europas Gesetzgebung verankert sei. Je nach Bezugspunkt der Schätzung, wird der Tag der Entgeltgleichheit im März oder November eines Jahres ausgerufen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#) 

EU-Parlament: Abstimmung über Wahlrecht und Absenkung des Wahlalters

Das Europaparlament hat am 11. November 2015 für ein einheitliches EU-Wahlrecht zur Wahl des EU-Parlaments abgestimmt. Bislang gelten in den EU-Mitgliedstaaten teils deutlich unterschiedliche Regelungen im Wahlrecht. Diese sollen nun vereinheitlicht werden. Das Gesetz sieht eine noch nicht genau definierte Prozenzhürde für den Einzug von Parteien ins Europaparlament sowie EU-weite Spitzenkandidaten vor. Zudem soll das Wahlalter für Europawahlen in allen EU-Staaten auf 16 Jahre gesenkt werden.

EU-Kommission: Start des Europäischen Pakts für die Jugend

Im Rahmen der Konferenz "Enterprise 2020 Summit" am 16./17. November 2015 wurde auch ein Pakt für die Jugend gestartet. Dabei verpflichteten sich hochrangige Vertreter von EU und Wirtschaft durch Unternehmens-Bildungs-Partnerschaften zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen für junge Menschen in Europa. Angestrebt wird die Einrichtung von 10.000 Partnerschaften zwischen Unternehmen und Bildungssektor, mit deren Hilfe mindestens 100.000 neue hochwertige Lehrstellen, Praktika oder Einstiegsjobs geschaffen werden sollen. Ziel dieser Partnerschaften ist die verbesserte Qualität der beruflichen Bildung und der Kompetenzen junger Menschen. Das soll etwa im Rahmen von Initiativen, die nicht formales und informelles Lernen fördern oder von Projekten geschehen, mit denen die Lehrlingsausbildung gestärkt oder naturwissenschaftliche und technische Fächer attraktiver gestaltet werden sollen.

Europäischer Gerichtshof: Urteil zu Mindestlohnvorgabe

Die öffentliche Hand darf die Vergabe von Aufträgen davon abhängig machen, dass Unternehmen den Mindestlohn zahlen. Bieter, die dies ablehnen, können vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, das stellte der Gerichtshof der Europäischen Union in einer Entscheidung am 17. November 2015 klar.

Das Oberlandesgericht Koblenz hatte über einen Rechtsstreit zwischen der RegioPost GmbH & Co. KG und der Stadt Landau in der Pfalz zu entscheiden. Die RegioPost beanstandete, dass die Stadt sie vom Vergabeverfahren für einen Rahmenvertrag über die Abholung, Beförderung und Zustellung von Briefen, Päckchen und Paketen wegen Fehlens von Mindestentgelterklärungen nach dem LTTG (das Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben) ausgeschlossen hatte. Das Oberlandesgericht Koblenz wollte daher vom europäischen Gerichtshof wissen, ob das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, die einem öffentlichen Auftraggeber zwingend vorschreibt, nur Unternehmen zu beauftragen, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren mit der Auftragsausführung befassten Mitarbeitern einen nur für öffentliche, nicht aber private Aufträge staatlich festgelegten Mindestlohn zu zahlen. Konkret ging es darum, ob das Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben mit dem Unionsrecht vereinbar sei.

- [Pressemitteilung des Gerichtshofes zur Entscheidung](#) 

EU- Bildungsbericht vorgestellt

Kinder aus armen Familien und Familien mit Migrationshintergrund werden in Europas Bildungssystemen immer noch benachteiligt. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuell in Brüssel veröffentlichte jährliche EU-Bildungsbericht. Der Bericht zeigt, dass die EU-Mitgliedstaaten zwar ihr Ziel erreicht haben, die Zahl der Personen mit höherem Abschluss zu erhöhen und die der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger zu senken. Aber diese Fortschritte verteilen sich ungleichmäßig in Europa. Außerdem haben Schüler/innen aus benachteiligten Familien sowie mit Migrationshintergrund das höchste Risiko, den Mindestbildungsstand zu verfehlen.

Keinem einzigen Mitgliedstaat ist es gelungen, die Zahl der Schüler/innen aus einkommensarmen Familien, die bei Mathematik, Lesen und Naturwissenschaft bei den Pisa-Zielen schlecht abschneiden, unter das europäische Ziel von 15 Prozent zu senken. In Bulgarien, Rumänien, Zypern, Griechenland, der Slowakei und Ungarn ist mehr als die Hälfte die Schüler/innen nicht in der Lage, grundlegende Mathematikaufgaben zu lösen. Die Bildungsergebnisse der deutschen Schüler/innen, inklusive benachteiligter Schüler/innen, haben sich verbessert. Deutschland hat beispielsweise die Zahl der Schulabbrecher auf 9,5 Prozent senken können und damit das europäische Ziel erreicht.

- [Der EU-Bildungsbericht](#)  

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Portugal: Volles Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare

Gleichgeschlechtliche Paare dürfen in Portugal in Zukunft Kinder adoptieren. Das dafür nötige Gesetz passierte am 20. November 2015 das Parlament. Zudem billigten die Abgeordneten eine Vorlage, die Frauen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften den Zugang zu Befruchtungskliniken garantiert. Seit 2013 dürfen homosexuelle Paare bereits die Kinder ihrer Partner/innen adoptieren. Sie hatten jedoch nicht alle Adoptionsrechte, die heterosexuelle Paare haben.

Irland: Verbot der Prügelstrafe für Kinder

Irland hat als 29. Staat in Europa die Prügelstrafe für Kinder verboten. Nun gilt jede Art von körperlicher Züchtigung als Straftat. Inzwischen haben 47 Staaten weltweit ein Verbot der Prügelstrafe erlassen. In Irland war es zuvor möglich, bedingt durch ein Kinder-Gesetz aus dem Jahr 1908, dass Eltern, Vormunde oder Kinderbetreuungspersonal den Hinweis auf die angewandte 'zumutbare Bestrafung' (reasonable chastisement) zur Disziplinierung des Kindes vorbringen konnten, wenn sie wegen Tätlichkeiten oder Misshandlungen von Kindern beschuldigt wurden. Durch eine Gesetzesänderung im November 2015 wurde dieser Punkt zu Fall gebracht und verboten.

Zuletzt hatten Andorra und Benin ihre Gesetzestexte entsprechend geändert und die körperliche Züchtigung von Kindern in ihren Ländern verboten. In Deutschland ist die Prügelstrafe seit dem Jahr 2000 gesetzlich verboten.

Polen: Neues Regierungsprogramm will Familien unterstützen

Am 19. November 2015, nur zwei Tage nach der Vereidigung der Minister, stellte die neue polnische Ministerpräsidentin Beata Szydlo ihr Regierungsprogramm vor. Künftig soll es ab dem zweiten Kind ein Kindergeld in Höhe von 500 Zloty (rund 125 Euro) geben. Die neue Regierung will auch das Rentenalter herabsetzen: Für Frauen auf 60 Jahre und für Männer auf 65 Jahre. Ab einem Alter von 75 Jahren sollen Menschen kostenlose Arzneimittel erhalten. Auch einen Mindestlohn für Geringverdiener von umgerechnet drei Euro pro Stunde soll es geben.

Luxemburg: Änderungen im Scheidungs- und Sorgerecht geplant

Eine Reform soll das Familienrecht im Großherzogtum Luxemburg von Grund auf ändern. Entsprechende Pläne hat der Justizminister am 25. November 2015 vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen die Schaffung eines einzigen Familienrichters und Änderungen beim Sorge- und Scheidungsrecht. Während derzeit unterschiedliche Scheidungsrichter für Sorgerecht und Unterhalt zuständig sind, soll sich bald eine Person um alle Belange kümmern. Eine weitere Neuerung soll ein gemeinsames elterliches Sorgerecht bei einer Trennung oder Scheidung sein. Auf diese Weise sollen beide Elternteile die gleichen Rechte über Sorgerecht und Bildung der Kinder haben. Das Scheidungsrecht wird ebenfalls reformiert. Der Justizminister will den Scheidungsgrund des Verschuldens (Ehebruch, Missbrauch) abschaffen.

Rumänien: Lebensmittelgutscheine für arme Familien

In Rumänien wurde ein Nationales Lebensmittelprogramm eingeführt, das unter anderem Gutscheine an Eltern ausgeben soll, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Damit sollen deren Kinder an der Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Vorschule teilnehmen können. Ein entsprechendes Gesetz wurde Mitte November verabschiedet. Die Gutscheine sollen einen Wert von umgerechnet 11 Euro monatlich haben und dann ausgegeben werden, wenn die Kinder täglich eine Betreuungseinrichtung besuchen.

Weitere Nachrichten

Erster Europäischer Tag zum Schutz von Kindern am 18. November 2015

Jedes fünfte Kind in Europa unter 18 Jahren wird in seinem Leben mindestens einmal Opfer sexueller Gewalt, darauf weist der Europarat in einem Statement anlässlich des Europäischen Tages zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch hin. Am 18. November 2015 fand dieser

Europäische Aktionstag erstmals statt. Die Entscheidung dazu wurde im Mai dieses Jahres von allen 47 Mitgliedstaaten des Europarats getroffen. In 70 – 85 Prozent der Fälle ist der Täter eine dem Kind bekannte Person und Teil seines Kreises vertrauter Personen. Das Leid bleibt oftmals im Verborgenen, da sich die Kinder nicht trauen, darüber zu sprechen. Ziel dieses Aktionstages ist es, das öffentliche Bewusstsein für diese Menschenrechtsverletzung zu erhöhen, den Kinderschutz zu fördern und die Opfer zu entstigmatisieren.

- [Internetdarstellung des Europäischen Tages auf der Website des Europarats](#) 

Gemeinsamer Offener Brief an den Europäischen Rat

59 führende Menschenrechtsorganisationen, darunter UNICEF und das Europäische Netzwerk für Kinderombudspersonen, haben einen gemeinsamen offenen Brief an den Europäischen Rat verfasst, in dem sie sich besorgt über die geringe Aufmerksamkeit gegenüber Kinderrechten in der derzeitigen Migrationspolitik äußern. Allein zwischen Januar und August 2015 hätten 174.235 Kinder in der Europäischen Union Asyl beantragt, das sei ein Viertel aller Asylsuchenden. Bisher sei es jedoch versäumt worden, adäquate Antworten auf die Bedürfnisse von flüchtenden Kindern und Jugendlichen zu geben, deren Situation in vielen Fällen nicht einmal im Fokus der Diskussion sei. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssten sicherstellen, dass die besonderen Bedürfnisse, Rechte und Risiken von Kindern angemessen berücksichtigt werden.

- [Offener Brief der Organisationen](#)  

EAPN: Strategisches Dialog-Treffen mit von Armut betroffenen Menschen

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) organisierte am 19. und 20. November 2015 in Brüssel eine Europäische Zusammenkunft zur Sozialen Konvergenz in der EU. Teil dieser Veranstaltung war ein Treffen mit Menschen, die selbst Armut erleben und erlebt haben. Es ging darum, zu diskutieren, wie Soziale Konvergenz in Europa verbessert werden kann und wie es gelingen kann, den Einfluss der Betroffenen auf Armutspolitik zu vergrößern sowie die Teilhabe von Menschen in Armut insgesamt zu verbessern. Die Europäische Zusammenkunft ist Teil eines Bürger-Dialogs, den die Europäische Kommission im Oktober 2015 eröffnete.

Die Niederlande, die ab Januar 2016 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben werden, kündigten an, Kinderarmut zu einem Schwerpunktthema ihrer Amtszeit zu machen.

EU- Kommission: 2 Millionen Euro für kinderfreundliche Aufnahmeplätze

Die Kommission hat am 10. November 2015 zwei Millionen Euro für UNICEF bereitgestellt. Mit den Geldern sollen in Serbien und Mazedonien entlang der Westbalkanroute kinderfreundliche Aufnahmeplätze für Flüchtlinge geschaffen werden, die rund um die Uhr für Familien zugänglich sein sollen. Dort können diese auch erste Hilfe, Nahrungsmittel, Kleidung und Decken erhalten.

Die EU-Kommission wird 2016 die Mittel für Bildung von Kindern in humanitären Krisensituationen auf vier Prozent des EU-Budgets für humanitäre Hilfe erhöhen. Durch die gleichzeitige Aufstockung der Mittel für humanitäre Hilfe soll die derzeitige Mittelzuweisung für Bildung von Kindern in Krisensituationen vervierfacht werden.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zu kinderfreundlichen Aufnahmeplätzen](#)
- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Mittelerhöhung](#)

Berichte und Studien

Studien und Berichte zu Kinderrechten

FRA Handbuch über Kinderrechte im europäischen Recht

Am 20. November 2015, dem Weltkindertag, hat die Europäische Grundrechteagentur (FRA) im Weltforum für Demokratie des Europarats in Straßburg zusammen mit dem Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das „Handbook on European law relating to the rights of the child“ (Handbuch zu den europarechtlichen Grundlagen im Bereich Kinderrechte) vorgestellt.

Dieses Handbuch ist der erste umfassende Leitfaden zum Europarecht im Bereich der Rechte des Kindes und umfasst sowohl die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als auch jene des Gerichtshofs der Europäischen Union. Es soll Rechtsanwälten, Richtern, Staatsanwälten, Sozialarbeitern, Nichtregierungsorganisationen und anderen Stellen, die mit rechtlichen Fragen zu den Kinderrechten konfrontiert sind, als Hilfestellung dienen. Im Handbuch werden Fragen zu Gleichbehandlung, persönliche Identität, Familienleben, alternative Betreuungsmöglichkeiten, Adoption, Migration und Asyl, Schutz von Kindern gegen Gewalt und Ausbeutung sowie Rechte des Kindes in Strafrechtsverfahren und alternativen Verfahren behandelt. Es informiert über die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, relevante Verordnungen und Richtlinien, die Europäische Sozialcharta, Beschlüsse des Europäischen Ausschusses für soziale Rechte, weitere Instrumente des Europarats sowie das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes und weitere internationale Instrumente.

➤ [Zum Handbuch](#)  

FRA-Report: Vormundschaftsregelungen für Kinder ohne elterliche Fürsorge

Ende Oktober 2015 veröffentlichte die Europäische Grundrechteagentur (FRA) einen vergleichenden Bericht zu den Vormundschaftsregelungen für Kinder ohne elterliche Fürsorge in der Europäischen Union (Guardianship systems for children deprived of parental care in the European Union). Darin gibt die FRA eine Übersicht über die in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten existierenden Vormundschaftssysteme, die den Bedürfnissen von Kindern ohne elterliche Fürsorge Rechnung tragen. Dabei werden insbesondere jene Kinder berücksichtigt, die Gefahr laufen, Opfer von Menschenhandel oder anderen Formen von Gewalt und Ausbeutung zu werden. Hierfür wurden die Stärken und Schwächen der nationalen Vormundschaftssysteme untersucht. Diese weisen zwischen den Mitgliedstaaten und sogar innerhalb der einzelnen Länder erhebliche Unterschiede auf, wie beispielsweise im Bereich der Benennungsverfahren, der Qualifikation der Vormünder, der festgeschriebenen Pflichten und Aufgaben sowie der Rechenschaftspflichten und Kontrolle der Vormünder. Die FRA betont, dass kein einziger Mitgliedstaat über ein gesondertes System für die Opfer von Kinderhandel verfügt. Obwohl es sehr wichtig sei, Opfern des Kinderhandels einen spezialisierten Rechtsbeistand zur Seite zu stellen, sind einschlägige Fachanwälte rar gesät und nur selten verfügbar.

➤ [Zum Bericht](#) 

KidsRights Index - Übersicht der Länder zum Stand der Umsetzung der Kinderrechte

KidsRights (eine niederländische NGO) und die Erasmus Universität Rotterdam haben die Rangfolge des KidsRights Index 2015 veröffentlicht. Der KidsRights Index wagt den Versuch, einen Überblick zur Umsetzung der Kinderrechte in unterschiedlichen Bereichen vergleichbar aufzubereiten und anhand unterschiedlicher Indikatoren messbar zu machen.

➤ [Zur Website von KidsRights](#) 

SpeakUp! Studie zu Kindern in vulnerablen Situationen

Das International Journal of Childrens Rights hat eine explorative Studie zu Kinderrechten in Griechenland, Bulgarien, Ungarn, Polen, Schweden, Großbritannien, Irland und den Niederlanden veröffentlicht. Das Ziel der SpeakUp!-Studie war, es das Wissen über Kinder in vulnerablen Situationen oder mit besonderen Bedürfnissen zu erweitern und sie mit eigenen Worten berichten zu lassen, wie sie ihre Rechte wahrnehmen und was nötig ist, um ihre Situation zu verbessern.

- [Zur SpeakUp!-Studie](#)  

Eurochild: Working Paper zum Einfluss von Geldleistungen auf Kinder

Geldtransferleistungen, die an Bedingungen geknüpft sind (beispielsweise Einkommensarmut), sollen einen direkten Effekt auf Familienarmut haben, indem sie das Einkommen erhöhen. Das Working Paper von Eurochild beschäftigt sich mit genau diesem gewollten Effekt, hinterfragt die staatlichen Logiken dieser Geldleistungen und gibt Empfehlungen aus kinderrechtlicher Perspektive.

- [Zum Working Paper](#)  

Studien und Berichte zu Geschlechtergerechtigkeit

Global Gender Gap Report 2015

Bis zur vollständigen Gleichstellung von Mann auf Frau in Arbeitswelt, Bildung und Politik kann es nach Ansicht des Weltwirtschaftsforums (WEF) noch mehr als 100 Jahre dauern, wenn nicht das Tempo der Angleichung bei Einkommen, Bildung und Aufstiegschancen deutlich erhöht werde. Davor warnt der am 18. November 2015 vom WEF veröffentlichte „Global Gender Gap Report 2015“. Insgesamt hat sich in den vergangenen zehn Jahren zwar die Chancengleichheit für Männer und Frauen in Sachen Gesundheit, Bildung, wirtschaftliche Beteiligung und politische Vertretung global um vier Prozent verbessert. Doch die vor allem die Lohnungleichheit besteht fort, obwohl seit 2006 eine Viertelmilliarde mehr Frauen weltweit Zugang zu den Arbeitsmärkten haben.

- [Der Gender Gap Report 2015](#) 

Studien und Berichte zu Soziales und Rente

SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe)

Eine neue Studie zeigt enorme Unterschiede beim Renteneinkommen in Europa auf. Die größten Probleme liegen in Polen, Griechenland, Italien und der Tschechischen Republik. In mehreren EU-Mitgliedstaaten geben laut neusten SHARE-Forschungsergebnissen mehr als 50 Prozent der Haushalte an, nur schwer über die Runden zu kommen. SHARE untersucht die durch den demographischen Wandel hervorgerufenen sozialen Herausforderungen Europas. In Dänemark und Schweden geben nur etwa 20 Prozent der Haushalte an, finanzielle Probleme zu haben.

- [Zur Studie](#) 

Bertelsmann-Stiftung: Die EU als neuer Garant des Sozialen?

Wer die Deutschen nach ihren Erwartungen an den zukünftigen Sozialstaat fragt, trifft auf hohe Zustimmung, aber auch manche Sorgen für das Leben im Alter. Damit unterscheiden sich die Bundesbürger kaum von ihren europäischen Nachbarn. Überall wünscht sich eine große Mehrheit der Bevölkerung in sozialen Angelegenheiten eine stärkere Rolle der EU. Um auch in Zukunft einen funktionierenden Sozialstaat zu

gewährleisten, wäre eine knappe Mehrheit für eine Erhöhung von Steuern und Abgaben statt der Absenkung von Leistungen. Von der EU erwarten sich die Bürger dabei mehr steuernden Einfluss auf sozialpolitische Reformen und finanzielle Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Dies ist das Ergebnis einer vergleichenden Meinungsumfrage in acht europäischen Staaten durch die Bertelsmann Stiftung, die am 10. November 2015 vorgestellt wurde.

➤ [Zur Studie](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1. Dez. 2015 Brüssel, Belgien	Buchvorstellung: Progressive structural reforms. Proposals for European reforms to reduce inequalities and promote jobs, growth and social investment	SOLIDAR
2.-4. Dez. 2015 Galway, Irland	Galway School 2015 Child Rights in Practice and Research	UNESCO Child and Family Research Centre
3.-4. Dez. 2015 Edinburgh, UK	Konferenz: Include and Empower	Children in Scotland
20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich	European Youth Event	Europaparlament
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongress und 2. CYC Weltkonferenz " Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families "	FICE

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).